



**KREISJUGENDRING
MÜNCHEN-STADT**

DES BAYERISCHEN JUGENDRINGS
KÖRPERSCHAFT DES ÖFFENTLICHEN RECHTS

Kreisjugendring München-Stadt • Postfach 15 12 23 • 80047 München

Herrn Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Im Rathaus
80331 München

Judith Greil
VORSITZENDE
München, 06.11.23

JUNGEN PROTEST ERNST NEHMEN – REPRESSIONEN RUND UM DIE IAA

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dieter Reiter,

von 5. bis 10. September fand erneut das Mobilitätswende-Camp als Protest-Camp zur IAA in München statt. Der KJR München-Stadt unterstützte das Camp qua Vollversammlungsbeschluss als selbstorganisiertes politisches Bildungscamp junger Menschen. Leider kam es wie beim letzten Camp auch dieses Jahr wieder zu massiven Polizei-Repressionen gegen die Teilnehmenden des Camps. Wir fordern als Interessenvertretung und Unterstützende der jungen Menschen eine Aufarbeitung der Vorfälle sowie verbindliche Schritte, damit eine stressfreie und gefahrlose Wahrnehmung demokratischer Grundrechte in Zukunft möglich sein wird. Daher wenden wir uns mit diesem offenen Brief an Sie.

Polizeikontrollen und Behinderung der Protestierenden

Obwohl es sich bei dem Camp um eine angezeigte und genehmigte Versammlung handelte, führte die Polizei Personenkontrollen durch und handelte teilweise rechtswidrig. Insbesondere von Freitagmorgen bis Sonntag kam es zu massiven Polizei-Repressionen gegen die Teilnehmenden. Die Polizei begründete das Vorgehen auf Nachfrage mit „verdachtsunabhängigen Personenkontrollen“. Zufällige Personenkontrollen durch die Polizei sind zwar jederzeit möglich, im Alltag aber eher selten. Deshalb fiel auf, dass hauptsächlich Personen kontrolliert wurden, die äußerlich so wirkten, als würden sie zur Klimabewegung gehören. Dabei wurden z.B. auch sichtbar gekennzeichnete Ordner*innen der

weiter auf Seite 2

Telefon 089 514106-10
Telefax 089 514106-9910
info@kjr-m.de
www.kjr-m.de
Paul-Heyse-Straße 22
80336 München
U-Bahn-Linien U4 + U5
Hst. Theresienwiese
Bank für Sozialwirtschaft
IBAN DE55 7002 0500 0009 8457 00
BIC BFSWDE33MUE

Versammlung des Mobilitätswende-Camps kontrolliert. Es wurden auch Versorgungsfahrzeuge über eine normale Verkehrskontrolle hinaus auf ihre Ladung kontrolliert und sogenannte „Gehzeuge“ beschlagnahmt. Hierbei handelt es sich um Holzgestelle, die man sich umschnallen und damit den Platzverbrauch eines Autos darstellen kann. Sie kommen seit Jahrzehnten als friedliches Protestmittel zum Einsatz und stellen keinerlei Gefahr dar.

Eine gehörlose Person mit einem Gehzeug wurde für längere Zeit vor dem Eingang des Camps festgehalten. Die Polizei stellte keine Dolmetschenden zur Verfügung, sodass die gehörlose Person nicht wusste, was vor sich geht. Das Gehzeug der Person wurde beschlagnahmt. Eine Trommelgruppe, die kurzfristig eine Kundgebung anmelden wollte, wurde aufgehalten, die Kundgebung wurde aufgrund von „Baumschutz“ untersagt.

Auch in der Nacht von Freitag auf Samstag wurden Personen kontrolliert. Eine Person, die gegen 2 Uhr einen Spaziergang machte, erlitt durch die Kontrolle einen Schock und musste vom Awareness-Team des Camps betreut werden. Eine weitere Gruppe von vier Personen, die sich lediglich zu später Stunde noch mit Essen versorgen wollte, wurde von der Polizei aufgehalten, um ihre Personalien aufzunehmen.

Das ganze Wochenende über wurden Personen immer wieder auf dem Weg durch das Camp oder an den Zu- und Ausgängen des Camps von der Polizei aufgehalten und kontrolliert. Teilweise gab es bereits an der U-Bahn-Haltestelle zum Camp Kontrollen. Menschen auf dem Weg zu einer Versammlung aufzuhalten und zu kontrollieren bzw. ihre Teilnahme zu behindern, verstößt gegen das Grundgesetz, kann als Schikane bezeichnet werden und erweckt den Eindruck eines Einschüchterungsversuchs, der Teilnehmende davon abhalten soll, erneut an einer Versammlung gegen die IAA teilzunehmen.

Durchgehend waren zehn Polizeifahrzeuge und ca. 50 Beamt*innen rund um das Camp vor Ort, zeitweise auch mehr. Zu keinem Zeitpunkt lagen Anhaltspunkte für eine Eskalation oder Ähnliches vor, die eine derartige Polizeipräsenz auf einer Versammlung gerechtfertigt hätten.

Die massiven Kontrollen auf dem diesjährigen Camp sind vor allem auch deshalb zu verurteilen, da das letzte Camp vor zwei Jahren von den Teilnehmenden aus völlig friedlich verlief. Und das, obwohl die Polizei dort mit einem der größten

Polizeieinsätze in der Geschichte Münchens auftrat und die Teilnehmenden teilweise wegen Stickern im Rucksack in Haft genommen wurden.

Eskalation in der Innenstadt

Während die Polizei im Umfeld des Camps hauptsächlich Kontrollen durchführte und Personen – so wirkte es – so lange wie möglich aufhielt, kam es in der Stadt zu weit massiveren Vorfällen. Die Polizei setzte Schlagstöcke gegen die Demonstrierenden ein, ein Protestierender verlor dadurch einen Teil seines Ohres und musste ins Krankenhaus eingeliefert werden. Andere Protestierende wurden eingekesselt, Sanitäter*innen wurden daran gehindert, den Menschen im Kessel Wasser zu reichen. Die Personenkontrollen gingen so weit, dass selbst die Sanitäter*innen sich der Polizei gegenüber ausweisen mussten und ihre Personalien aufgenommen wurden. Insgesamt wurden die Protestierenden unbegründet als „bundesweit eingereiste Kriminelle“ eingestuft und entsprechend behandelt.

Friedliches Protest-Camp mit vielfältigen Angeboten

Nach der Versammlung sah man im Luitpoldpark keinerlei Schäden oder Müll, die jungen Menschen hinterließen die Versammlungsfläche ohne bleibende Schäden. Einige wenige Stellen mit abgetretenem Rasen werden sich selbst wieder erholen. Dies bestätigten sowohl das Gartenbauamt als auch das KVR. Auch von umliegenden Anwohnenden und Einrichtungen gab es Lob für die gute Organisation des Camps. Trotzdem stellte die CSU-Stadtratsfraktion einen umfassenden Antrag im Stadtrat, u.a. auch zum Zustand der Rasenfläche, die vermeintlich in Mitleidenschaft gezogen worden sei.

Beteiligung junger Menschen ermöglichen, nicht verhindern!

Engagement und politische Beteiligung sind für den KJR München-Stadt die Basis unserer Arbeit und Grundpfeiler einer demokratischen Gesellschaft. Täglich versuchen wir, junge Menschen zu unterstützen, damit sie selbständig ihre Themen bewegen und umsetzen können. Klimagerechtigkeit und nachhaltige Mobilität sind zentrale Themen der Jugendbewegung. Auf dem Mobilitätswende-Camp wurde den Teilnehmenden neben einer Camping-Infrastruktur ein breites Angebot an Bildungsveranstaltungen angeboten. Von Kinderprogramm über Siebdruck bis hin zu Podiumsdiskussionen rund um den ÖPNV war alles dabei. Das starke Polizeiaufgebot und die zahlreichen Repressionen gegen die Sammlungsteilnehmenden sind für uns als Jugendring nicht nachvollziehbar.

Das unverhältnismäßige Verhalten der Polizei wie das Behindern von Zu- und Abgang zur Versammlungsfläche durch unverhältnismäßige Personenkontrollen oder Demonstrierende krankenhaushausreif zu prügeln, verurteilen wir aufs Schärfste.

Angesichts der ernstesten gesellschaftlichen, demokratischen und klimapolitischen Schiefelage ist es mehr als fragwürdig, derart viel Personalressource der Polizei in die Repression eines Bildungscamps zu stecken. Als KJR München-Stadt fordern wir daher von der Kommunalpolitik in München: Nehmt die Chance wahr, um mit den jungen Menschen ins Gespräch zu kommen! Anstatt ihr politisches Engagement zu blockieren, müssen die berechtigten Forderungen ernst genommen werden. Es muss jungen Menschen auch in Zukunft möglich sein, ihren friedlichen Protest zum Ausdruck zu bringen und sich selbst organisiert auf Versammlungen zusammenzuschließen, ohne dabei Angst vor der Polizei haben zu müssen.

Das politisch-gesellschaftliche Engagement der jungen Menschen rund um die IAA muss als gesellschaftliches Gegengewicht zu privatwirtschaftlichen Interessen ernst genommen werden. Während Konzerne einen Großteil der Münchner Innenstadt als Verkaufsfläche gestellt bekommen und sich viele Politiker*innen gerne im Kontext der IAA auf den zahlreichen Bühnen zeigen, werden junge Protestierende an den Rand gedrängt und, so wirken die zahlreichen Polizeikontrollen, unter Generalverdacht gestellt, sich kriminell zu betätigen.

Präventive und/oder kollektive Maßnahmen, die die Beteiligung an den Protesten beeinträchtigen oder verhindern, sind massive Eingriffe in das Grundrecht. Diese Behandlung ist unverhältnismäßig und behindert die friedlich-demokratischen Proteste sowie die Bildungsangebote rund um das Mobilitätswendecamp.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Judith Greil

KREISJUGENDRING MÜNCHEN-STADT